

Antrag

der Abg. Hermann Katzenstein und Gudula Achterberg u. a. GRÜNE

(K)Ein Platz für Drahtesel – Fahrradparken in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung die Landesregierung der Verfügbarkeit und Qualität von Fahrradabstellanlagen für eine gelingende Verkehrswende in Baden-Württemberg bemisst;
2. wie viele Fahrradabstellanlagen in den letzten zehn Jahren im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) über das Programm „Rad- und Fußverkehr“ durch die Kommunen in Baden-Württemberg jährlich angemeldet und gefördert wurden;
3. welche weiteren Unterstützungsleistungen zum Fahrradparken das Land den Kommunen bietet (z. B. Beratungsangebote) und wie sich die Nachfrage nach diesen Angeboten in den letzten Jahren entwickelt hat;
4. welche Anforderungen Fahrradabstellanlagen bezüglich Verfügbarkeit und Qualität aus Sicht der Landesregierung erfüllen sollten und welche Konsequenzen sie in diesem Zusammenhang aus dem Trend hin zu immer teureren, größeren und schwereren Fahrrädern (z. B. Lastenräder und E-Bikes) ableitet;
5. ob die Verankerung von Fahrradabstellanlagen in der Landesbauordnung aus Sicht der Landesregierung eine sinnvolle Maßgabe darstellt;
6. wie die Landesregierung die zukünftigen Bedarfe an Fahrradabstellanlagen einschätzt, insbesondere auch in Wohnquartieren und in Relation zu benötigten Kfz-Stellplätzen, und auf Grundlage welcher Kenntnisse sie zu dieser Einschätzung gelangt;
7. wie hoch nach Kenntnis der Landesregierung Kosten und Flächenbedarf für einen Fahrradstellplatz in Relation zu einem Pkw-Stellplatz sind;
8. ob es Kommunen und Gemeinden in Baden-Württemberg gibt, die in Bezug auf das Fahrradparken und die Einrichtung neuer Abstellanlagen besonders hervorzuheben sind, und wodurch sich diese dabei im Speziellen auszeichnen;
9. ob der Landesregierung Förderungen von Fahrradabstellanlagen durch andere (öffentliche) Fördermittelgeber oder die Privatwirtschaft, z. B. im Rahmen eines betrieblichen Mobilitätsmanagements, bekannt sind und wenn ja, ob sie Förderungsvolumina beziffern kann;
10. inwiefern sich die aktuellen Sparmaßnahmen der Bundesregierung auf die Förderung von Fahrradabstellanlagen in Baden-Württemberg auswirken, insbesondere auf das Programm Bike and Ride;
11. ob die Landesregierung Kenntnisse darüber hat, welcher Gesamtumsatz mit dem Verkauf von Fahrrädern in den vergangenen zehn Jahren jährlich erzielt wurde und welche Summe die Menschen dabei pro Fahrrad durchschnittlich ausgegeben haben;

12. wie viele Fahrraddiebstähle in Baden-Württemberg in den vergangenen zehn Jahren jährlich zur Anzeige gebracht wurden und welcher Sachschaden dadurch insgesamt pro Jahr entstanden ist.

7.5.2024

Katzenstein, Achterberg, Braun, Gericke, Hentschel, Joukov, Marwein, Nüssle GRÜNE

Begründung

Durchschnittlich kommt in Baden-Württemberg fast auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner ein Fahrrad. Die Verfügbarkeit und Nutzung von Fahrrädern steigt. Gleichzeitig werden – nicht zuletzt durch Dienstradleasing, Elektrifizierung und dem Trend zu Pedelecs, S-Pedelecs und E-Bikes – die Fahrräder hochwertiger und teurer. Umso dringlicher ist es, Fahrräder überall sicher und komfortabel abstellen zu können.

In ihrem Koalitionsvertrag „Jetzt für morgen“ hat die Regierungskoalition vereinbart, das Fahrradparken in Baden-Württemberg umfangreich zu fördern. Dieser Antrag soll einen Überblick über den derzeitigen Umsetzungsstand geben.